

Kameradschaft

Mitteilungsblatt

Aktiv



Mai / Juni 2020 - Nr. 05/06

Aktuell—informativ—kritisch



Mobilmachung

**Der Präsidenten-
brief an die
Kameradschaften**

Seite 2

**Miliz im Einsatz
gegen die
Pandemie**

Seite 2-3

**Brennpunkte
der Weltpolitik:
Libyen im Frühjahr**

Seite 5

**Aktuelle Berichte
aus den
Kameradschaften**

ab Seite 8



Der Präsidenten-brief an die Kameradschaften



SKB Präsident
Josef Michael Hohenwarther

Liebe Kameraden!

Als die Bundesregierung die harten Maßnahmen zur Eindämmung der Covid 19-Pandemie verkündet hat, hat der Bundeskanzler dies mit einem Marathonlauf verglichen. Wenn man nun die aktuellen Infektionszahlen betrachtet, so wird deutlich, dass die Maßnahmen gegriffen haben und der Marathonlauf kurz vor seinem Ziel steht. Dem entsprechend können nun die Einschränkungen gelockert werden und Österreich kann schrittweise wieder „hochfahren“.

Das heißt, wir beginnen nun die Rückkehr zu einem einigermaßen „normalen“ Leben. Gerade das Vereinsleben ist ja in letzten Wochen fast gänzlich zum Erliegen gekommen. Umso wertvoller war es, dass in vielen Kameradschaften doch die Kontakte gehalten wurden.

Das begann bei telefonischen Nachfragen nach dem Wohlbefinden, ging zu Gratulationen, die im Sicherheitsabstand über den Gartenzaun erfolgten, bis hin zu familiären Treffen. Leider war es unumgänglich, Großveranstaltungen des Kameradschaftsbundes abzusagen oder zu verschieben. Das betraf einige runde Jubiläen, aber auch das Milizschießen, das in diesem Jahr nicht mehr stattfinden kann. Viele Kameradschaften

kehren nun schrittweise zum gewohnten Vereinsleben zurück.

Auch das Landespräsidium wird dies tun. So steht in Kürze eine Präsidiumssitzung an, bei der erste Entscheidungen für unser Herbstprogramm fallen werden. An der Friedenswallfahrt nach Maria Plain wird jedenfalls nicht gerüttelt und es werden alle organisatorisch erforderlichen Vorbereitungen getroffen, damit diese Wallfahrt in gewohnter Weise stattfinden kann. Stolz dürfen wir alle auf den Zusammenhalt sein, den unser Land in den letzten Wochen bewiesen hat. Schon dadurch werden diejenigen Lügen gestraft, die ständig eine Spaltung unserer Gesellschaft herbeireden.

Salzburg hat den Weg durch die Krise kameradschaftlich gemeistert. Stolz bin ich auch darauf, dass wir unseren Bürobetrieb stets aufrechterhalten konnten. Einige Tage im „Homeoffice“ haben der Arbeitserledigung keinen Abbruch getan. Auch unsere Zeitung konnte wie gewohnt herausgegeben werden, zwar in einem etwas geringeren Seitenumfang, aber zur rechten Zeit. Das Verbot von Großveranstaltungen gilt derzeit bis Ende August. Nach diesem Zeitpunkt werden wohl auch noch die ausstehenden Jubiläumsfeste stattfinden können. Ein Wiedersehen in größerem Rahmen wird daher erst mit Ende des Sommers möglich werden. Bis dahin gilt es, die Zuversicht zu bewahren, die kameradschaftlichen Kontakte zu pflegen und die nötigen Planungen für die nächsten Treffen und Veranstaltungen durchzuführen. Damit ist sichergestellt, dass die Kameradschaften eine verlässliche Kraft in unserem Heimatland bleiben!

Euer
Bgm. Josef M. Hohenwarther
Präsident

Miliz im Einsatz gegen die Pandemie

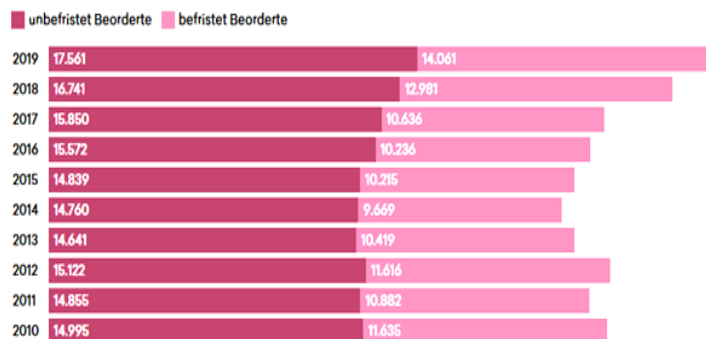
Ausgangslage – Lehren – Schlussfolgerungen

Am 4. Mai wurden in Folge der Covid 19-Pandemie erstmals in der Geschichte des Bundesheeres 13 Milizkompanien zur Unterstützung der Sicherheitsbehörden mobilgemacht. Von den geplanten 2.300 Soldaten traten rund 1.400 Soldaten tatsächlich ihren Dienst an. Die Differenz ergibt sich auf Grund von ca. 900 genehmigten Befreiungsanträgen. Von Interesse ist die „Herkunft“ der mobilgemachten Milizsoldaten: Von diesen hat sich rund ein Drittel freiwillig für eine Milizverwendung gemeldet, die restlichen zwei Drittel umfassen so genannte „befris-

der 3. Jägerkompanie knapp über 100 Mann. Kommandant der Jägerkompanie ist Oberleutnant Dominik Maier, verantwortliches Kommando für die Mobilmachung ist das Jägerbataillon 8 unter Oberst Stefan Haselwanter.

Auftrag: Entlastung der Exekutive

Aufgabe der Milizsoldaten ist es, die Grundwehrdiener, deren Präsenzdienst um zwei Monate verlängert worden war, nach dem Auslaufen dieser Frist, zu ersetzen und die Sicherheitsbehörden bei



Grafik: Addendum • QUELLE: Bundesheer

Bild: Überblick über die Zusammensetzung der beordneten Soldaten

tet Beordnete“. Auf Grund des Wehrgesetzes ist eine solche befristete Beordnung für einen bestimmten Anteil eines Jahrganges für die Dauer von fünf Jahren nach Ableistung des Präsenzdienstes möglich. In Salzburg wurde die 3. Kompanie des Jägerbataillons „Salzburg“ mit zunächst 177 Soldaten einberufen, von denen 118 einrückten. Nach Absolvierung der ersten Untersuchungen bzw. noch weiteren Befreiungen betrug der Stand

der Abwicklung von deren Aufgaben zu unterstützen. In weiterer Folge ist geplant, die Milizverbände durch die aktuell einrückenden Grundwehrdiener abzulösen. Bereits am Kasernentor wurde eine eigene Eingangsspur für die Milizsoldaten eingerichtet,

Danach erfolgte die erste Prüfung der Gesundheit: Fiebermessen und Fragebogen, um das Risiko einer Einschleppung des Coronavirus

zu senken. Mund-Nasen-Masken wurden ausgegeben. Anlassbezogen wurden alle einrückenden Soldaten einer Covid-19-Testung unterzogen. Die anschließende Einstellungsuntersuchung durch den Truppenarzt erfolgte besonders umfassend, um die Gesundheit aller bestmöglich zu schützen.

„Das Jägerbataillon 8 ist derzeit in dreifacher Verantwortung: Zusätzlich zur Unterstützung der Einsatzvorbereitung der Milizkompanie muss auch die normale Ausbildung von Rekruten gewährleistet sein: am 4. Mai treten auch gleichzeitig 151 Grundwehrdiener ihren Präsenzdienst beim Jägerbataillon 8 in Salzburg an: 51 in der Schwarzenberg-Kaserne und 100 in der Strucker-Kaserne in Tamsweg“, so Oberst Stefan Haselwanter.

Ab spätestens 25. Mai soll die 3. Jägerkompanie den Assistenteneinsatz an den Salzburger Grenzkontrollstellen zu Bayern übernehmen. Die Einsatzführung wird von einem Einsatzstab des Militärkommandos Salzburg in enger Koordinierung mit der Landespolizeidirektion und der Gesundheitsbehörde geführt.

Nach derzeitigem Stand ist der Einsatz der Milizeinheiten bis 31. Juli geplant, dann sollen bei weiterem Bedarf präsenzielle Verbände des Bundesheeres die Assistenzaufgaben übernehmen.

Mobilmachung - Mutiger Schritt

„Diese Mobilmachung war ein mutiger Schritt, zu dem der Bundesministerin für Landesverteidigung nur gratuliert werden kann“, führt Brigadier Dr. Michael Schaffer, Präsident der Bundesvereinigung der Milizverbände, aus.

Für Brigadier Schaffer wurde mit der Mobilmachung nicht nur Neuland betreten, sondern darüber hinaus auch ein Schritt gesetzt, der von den politisch und militärisch Verantwortlichen in den letzten Jahrzehnten unter Vorspiegelung verschiedenster Grün-

de nicht gesetzt worden ist, obwohl ausreichend Anlass dazu bestanden hätte (z.B. Sicherungseinsatz an der Grenze zum damaligen Jugoslawien im Juni/Juli 1991). Dieses Handeln und Denken stehe in krassm Widerspruch zu Art. 79 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes, welcher normiert, dass das gesamte Bundesheer nach dem Grundsatz eines Milizheeres auszurichten ist.

Dieser mutige Schritt könne natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die von Bundesminister a.D. Thomas Starlinger und Generalstabschef Robert Brieger aufgezeigten Mängel nach wie vor vorhanden sind und sich die Landesverteidigung insgesamt in einem desaströsen Zustand befindet.

Insbesondere „die Miliz“ sei weit von ihrem verfassungsmäßigen Auftrag entfernt. Neben „freiwilligen“ Milizsoldaten wurden „befristet Beordnete“ einberufen. Während die erstgenannte Personengruppe auf Grund der Freiwilligenmeldung zumeist auf zahlreiche Übungen und Weiterbildungskurse verweisen kann (dabei handelt es sich mehrheitlich um Milizoffiziere und -unteroffiziere), haben die befristet Beordneten nach Abschluss ihres Grundwehrdienstes die Kaserne nicht mehr betreten.

Mannschaften, Offiziere und Unteroffiziere kennen einander vielfach nicht, Vertrauen muss erst nach und nach aufgebaut werden! Um daher überhaupt einen einigermaßen einsatzfähigen Verband aufbieten zu können, ist nun eine wochenlange Wiederholungsschulung und Formierung erforderlich.

Was in einem sicherheitspolizeilichen Assistenteneinsatz in Verbindung mit einer Pandemiebekämpfung noch irgendwie angehen möge, sei in einem Einsatz in einer höheren Eskalationsstufe völlig unvertretbar! Für die Bundesvereinigung der Milizverbände sind wiederkehrende Übungen daher ein unbedingtes Muss!

Mängel - Das System ist überfordert

Kaum wer im Bundesheer habe damit gerechnet, dass die Miliz jemals mobilisiert wird, daher war das Bundesheer darauf nicht wirklich vorbereitet. Ein langer Vorlauf zwischen Bekanntmachung, Einberufung und Einsatztauglichkeit sei zwar im konkreten Fall eventuell fachlich begründbar, so Brigadier Schaffer, habe aber negative Auswirkungen auf Motivation und insbesondere die Anzahl der Befreiungen.

Obwohl in der Bundesheerreformkommission ein Bekenntnis dafür vorgelegen habe, Verbände strukturierter Miliz (im Wesentlichen sind dies 10 Jägerbataillone) aufzustellen, sind diese Verbände de facto nicht einsatzfähig. Dazu passt es, dass punktuell vorhandene Ausrüstung in der Ära Klug verschert wurde. Dem entsprechend wurden Organisationspläne vorgelegt, welche die personelle und materielle Einsatzbereitschaft der Milizverbände zu garantieren scheinen, mit der Realität aber nichts zu tun haben.

Abstellen von Personal, Ausleihen und Verschieben der Ausrüstung quer durch Österreich sind die schwerwiegenden Folgen. Dass eine rasche Aufbietung von Milizverbänden so nicht möglich ist, liegt auf der Hand. Für Brigadier Schaffer stelle auch der jüngst

publik gewordene „Ärmelschleifenbefehl (siehe „Hochposten“) des Streitkräftekommandos einen jener Nadelstiche dar, den Milizsoldaten immer wieder hinnehmen müssten. „Wir anerkennen und honorieren den Mut der Bundesregierung bzw. der Bundesministerin zur Entscheidung Milizverbände aufzubieten und mobil zu machen. Das ist uneingeschränkt positiv zu bewerten.“

Allerdings wurde wenig überraschend der Beweis erbracht, dass diese „Mini-Mobilmachung“ nicht friktionsfrei zu bewältigen war. Es gilt daher die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen und die Mängel schonungslos zu analysieren. Fest steht schon jetzt, dass ein ausschließlich auf einem Berufsheer fußendes System für Österreich keinen Mehrwert bringen kann und dass ein Durchbruch des verfassungsmäßig gebotenen Milizsystems nur dann erzielt werden kann, wenn wieder Volltruppenübungen durchgeführt werden“, so Brigadier Michael Schaffer abschließend.

**Wir gewinnen schneller
Gerechtigkeit,
wenn wir dem Gegner
Gerechtigkeit zukommen
lassen.**

Mahatma Gandhi



Oberleutnant Dominik Maier und seine Kommandanten



Aus dem ÖKB-Bundesvorstand



ÖKB Präsident
Bgm. a.D. Ludwig Bieringer

Liebe Kameraden!

In meinem letzten Präsidentenbrief habe ich die zum Teil selbst verursachten Mängel aufgezeigt, mit denen das Heer im Zuge der Mobilmachung der Milizeinheiten nun fertig werden muss. Diese Mängel mögen mitverantwortlich dafür sein, dass die Zeitspanne zwischen Bekanntgabe von Einsatz, Einsatzbefehl und tatsächlicher Einsatzbereit-

schaft doch verhältnismäßig lange ist. Kennzeichen eines Milizheeres sollte es in jedem Fall sein, der Republik Österreich als Handlungsreserve innerhalb kürzest möglicher Zeit zur Verfügung zu stehen.

Eine lange Formierung und Ausbildung von Verbänden ist daher nicht zweckdienlich. Die Forderung nach Übungen von Milizeinheiten in Volltruppe erfährt durch diesen Vorgang ihre Bestätigung. Ich möchte aber auch etwas Positives anmerken: Die Bundesministerin hat mit der Entscheidung zur Mobilmachung von Milizeinheiten großen Mut bewiesen. Ein solcher Schritt wurde seit dem Bestehen des Bundesheeres noch nie gesetzt, auch nicht dann, wenn es dazu Anlass gegeben hätte, wie z.B. beim Slowenienkrieg 1991.

Man kann der Bundesministerin daher zu diesem Schritt nur gratulieren. Seit einigen Tagen versehen die Milizeinheiten

bereits ihren Dienst an der Grenze und anderen Orten. Leider waren ziemlich viele Befreiungen zu registrieren. Soweit ich erste Rückmeldungen erhalten habe, versehen die Soldaten jedoch ihren Dienst mit Motivation und dem nötigen Fingerspitzengefühl. Zwar ist es noch zu früh, um eine abschließende Bilanz dieses Einsatzes ziehen zu können. Ich bin mir aber sicher, dass zahlreiche Erfahrungen und Schlussfolgerungen vorliegen werden, die uns dabei helfen, Verbesserungen für die Zukunft zu erreichen. Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass unsere Republik auch in finanzieller Hinsicht durch die Folgen der Covid19-Pandemie vor erheblichen Herausforderungen steht und dass der Ruf nach finanziellen Hilfen von allen Ecken und Enden erschallen wird.

Bundekanzler Kurz hat bereits klargestellt, dass durch Finanzhilfen die schlimmsten Auswir-

kungen aufgefangen werden sollen. In aller Bescheidenheit möchte ich darauf hinweisen, dass das Bundesheer mit dazu beigetragen hat, die Covid19-Pandemie einzudämmen.

Das Bundesheer braucht daher die erforderlichen Mittel, um auch in Zukunft die nötige Hilfe bereitstellen zu können. Wenn also nach der Covid19-Krise die Finanzhähne aufgedreht werden (müssen), so wünsche ich mir, dass dabei das Bundesheer nicht leer ausgeht, sondern bestehende und zum Teil auch offensichtliche Mängel in Ausrüstung und Bewaffnung, die durch den Sparkurs der letzten Dekade entstanden sind, ausgeglichen werden. Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts! Der Österreichische Kameradschaftsbund wird daher in diesem Sinne seine Stimme erheben!

Euer
Ludwig Bieringer
Präsident

Auf Horchposten

Rot-Weiß-Rot

Der Rot-Weiß-Rote Bindenschild dürfte seinen Ursprung im 11. Jahrhundert in Schwaben haben und über die Lehensfahne des Kärntner Herzogsgeschlechtes der Eppensteiner seinen Weg zu den Babenbergern, Herzöge von Österreich, gefunden haben.

Als österreichische „Staatsfarben“ entfalteten die Farben Rot-Weiß-Rot über die Jahrhunderte und unabhängig von der jeweiligen Staatsform eine identitätsstiftende Wirkung. Seine dramatische Rede vom 24. Februar 1938 schloss Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg mit den Worten: „Bis hierher und nicht weiter! (...) Bis in den Tod! Rot-Weiß-Rot! Österreich!“ Auch das I. und II. Österreichische Bundesheer verwendeten diese Farben für das Hoheitsabzeichen, Festak-

te fanden und finden unter der Rot-Weiß-Roten Staatsfahne statt. Eine Rot-Weiß-Rote Armschleife wurde zu einem Erkennungssymbol der zur Assistenz eingesetzten Soldaten und prägte deren Selbstverständnis. Dies sollte auch im laufenden Einsatz zur Bewältigung der Covid 19-Pandemie, für den zahlreiche Milizeinheiten mobilmacht wurden, so sein. Doch Ende April schlug ein Befehl des Streitkräftekommandos wie die sprichwörtliche Bombe ein: die rot-weiß-roten Armschleifen waren mit sofortiger Wirkung abzunehmen. Eine Begründung für diesen Befehl wurde nicht geliefert. Gerücheweise soll jedoch ein Vorfall am Flughafen Schwechat die Ursache gewesen sein: Eine US-Bürgerin soll dabei einen Assistenzsoldaten mit den Worten angepöbelt haben: „Are the Nazis back?“ Ein Hinweis auf den grundlegen-

den Unterschied der Armschleife zu historischen „Vorbildern“ hätte eigentlich genügen müssen. Dem war aber nicht so und so kam es, wie es kommen musste: Der Befehl verursachte selbst im an Loyalität gewohnten Bundesheer einen Entrüstungsturm, der sich schließlich auch seinen Weg an die Presse bahnte.

Nach einem Bericht der Salzburger Nachrichten vom 7. Mai wurde kleinlaut und wenig glaubwürdig kundgetan, dass der Grund für den Befehl darin liege, dass halt nicht genügend Armschleifen vorhanden gewesen seien. Selbst Oberst Michael Bauer, der Sprecher des Bundesministeriums, musste jedoch eingestehen, dass ihm keine Begründung für diesen Befehl bekannt sei. Bundesministerin Klaudia Tanner, die von dem ganzen Vorgang erst über die Presse

erfahren hatte, platzte der Kragen. Sie ließ den „Ärmelschleifenbefehl“ mit sofortiger Wirkung aufheben. Eine parlamentarische Anfrage von FPÖ-Wehrsprecher und Milizoffizier Volker Reifenberger versuchte im Anschluss Licht in den Ablauf dieser Causa zu bringen. Man darf auf die Antwort gespannt sein.

Als Fazit bleibt jedoch ein schaler Nachgeschmack: Ein fragwürdiger Befehl, der tief in das Traditionsempfinden des Bundesheeres eingegriffen hat. Positiv ist die rasche Reaktion der Bundesministerin und vor allem die Tatsache, dass die im Assistenzeinsatz stehenden Soldaten jetzt und künftig wieder die Rot-Weiß-Rote Armschleife tragen werden. Rot-Weiß-Rot! Für Österreich!



Brennpunkte der Weltpolitik: Im Windschatten der Pandemie: Libyen im Frühjahr 2020



Es war im April 2019, als der libysche Warlord General (Feldmarschall) Chalifa Haftar den Sturm auf Tripolis postulierte. Dass der vor allem im Osten des Landes verankerte Machthaber, dem mit der libyschen Nationalarmee (LNA) ein zusammengewürfelter Haufen aus Stammesmilizen sowie sudanesischen und tschadischen Söldnern untersteht, damit gleichzeitig auch den Friedensprozess neuerlich lahm legte, störte international nur wenige, hatte er sich doch bei seiner Machterringung im Osten ein Image aufgebaut, das ihn als Gegenentwurf zum IS und zur schwachen libyschen Einheitsregierung unter Fayis-al-Sarradsch zu empfehlen schien.

Nachdem im Jänner 2020 mit der Berliner Friedenskonferenz die zarte Hoffnung auf einen Frieden in Libyen geweckt worden war, sollte sich diese Hoffnung durch den Beginn der Offensive auf das von der Einheitsregierung beherrschte Gebiet rasch zerschlagen. Nach der Eroberung von Sirte, übrigens der Geburtsstadt des 2011 gelynchten Langzeitdiktators Muammar-al Gaddafi, schien der Sturm auf die Hauptstadt Tripolis unmittelbar bevorzustehen. In der Tat trugen die Kämpfer Haftars den Krieg bis in die Vorstädte der Hauptstadt

hinein, tatkräftig unterstützt von rund 1.200 russischen Söldnern der Gruppe „Wagner“, ohne die diese militärischen Erfolge nicht möglich gewesen wären.

Zwar löste der Sturz Gaddafis im Jahr 2011 einen Bürgerkrieg aus, heute ist Libyen jedoch - wie auch Syrien im östlichen Mittelmeer - Schauplatz eines internationalen Stellvertreterkrieges, bei dem sich verschiedenste Interessen überlagern und entladen.

Stellvertreterkrieg in Libyen

Zu den Unterstützern General Haftars gehören Frankreich (Total), Russland, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi Arabien und Ägypten, während die Einheitsregierung von Italien (Eni) der Türkei und Katar unterstützt wird. Begünstigt wird das Engagement dieser Mächte durch einen Schlingenkurs der USA und die Handlungsunfähigkeit der EU.

So war es auch nicht überraschend, dass der Vormarsch Haftars auf Tripolis die Interessen der Türkei massiv zu stören begann. Der türkische Caudillo Erdogan möchte sein energiearmes Land zu einer Energiedrehscheibe machen, was ihn in direkten Konflikt mit dem EU-

und NATO-Mitglied Griechenland treibt, der im zweiten Quartal des Jahres 2020 an der gemeinsamen türkisch-griechischen Grenze zu mehreren, beinahe „scharfen“, Zwischenfällen geführt hat. Erdogan hatte mit der Einheitsregierung eine völkerrechtswidrige Aufteilung des Seegebietes zwischen Libyen und Kreta vereinbart (das Gebiet wurde zum Teil des türkischen Festlandssockels erklärt), einschließlich der dort vermuteten umfangreichen Erdgasvorkommen.

Der Vertrag trägt die Unterschrift von Präsident Fayis-al-Sarradsch. Würde Haftar Tripolis einnehmen, würde die Einheitsregierung gestürzt und der Vertrag wäre Makulatur. Für Erdogan war also höchste Eile geboten: Er schickte Militärberater, in seinem Sold stehende islamistische Milizen aus Idlib, für das am 5. März mit Wladimir Putin ein Waffenstillstand vereinbart wurde, der grosso modo hält und Kampfdrohnen, aus der Rüstungsfabrik seines Schwiegersohnes.

Türkei und Russland steigern den Einsatz

Die türkische Marine griff aktiv in das Kampfgeschehen ein, die türkischen Drohnen beendeten die bisherige Lufthoheit von General Haftar, der nun zunehmend in die Defensive geriet. Vor allem im Westen Libyens musste er Terrain aufgeben, auch aus dem unmittelbaren Vorfeld von Tripolis wurde er verdrängt. Das hinderte General Haftar nicht daran, sich am 27. April zum rechtmäßigen Führer von ganz Libyen zu erklären, womit er seine Unterstützer regelrecht vor den Kopf stieß, machte er doch deutlich, dass keinerlei Verhandlungsbereitschaft seinerseits bestehe.

Auch warf er damit die Frage auf, inwieweit Putin, der in Libyen um die Zurückgewin-

nung milliardenschwerer Energie- Infrastruktur- und Rüstungsverträge, die mit dem Sturz Gaddafis verloren gingen sowie um Einfluss in der Region kämpft, noch Einfluss auf Haftar hat. Kurzfristig dürfte zu Haftar für seine Unterstützer jedoch keine Alternative bestehen, so dass u.a. Moskau den militärischen Einsatz in die Höhe schrauben muss, um die totale Niederlage abzuwenden.

Zu diesem Zweck verlegte Moskau über die Luftwaffenbasis Hmeimim in Syrien, wo die russischen Hoheitszeichen entfernt wurden, mindestens 14 MiG-29 („Fulcrum“) Kampfflugzeuge auf die libysche Luftwaffenbasis al-Dschufra. Der Kommandant des US-Kommandos „AFRICOM“, General Stephen Townsend, warnte in einer Pressemitteilung am 26. Mai: „Zu lange hat Russland das gesamte Ausmaß seiner Beteiligung im Libyen-Konflikt demontiert.“ Russland versuche, seinen militärischen Einfluss in Afrika mit Hilfe staatlich unterstützter Söldnergruppen auszubauen. „Russlands destabilisierendes Vorgehen in Libyen wird die regionale Instabilität verschärfen, welche die Flüchtlingskrise für Europa angetrieben hat“, warnten die US-Streitkräfte. Viktor Bondarew, Ausschussvorsitzender des Föderationsrates für Verteidigung und Sicherheit, bestritt: „Wenn irgendwelche Flugzeuge in Libyen sind, sind dies keine russischen, sondern stammen aus alten sowjetischen Beständen.“ Wie auch immer: Ein Ende des Krieges in Libyen ist nicht in Sicht. Für Europa verheißt diese Entwicklung nichts Gutes. Die Kontrolle über die „Gegenküste“ übernehmen zunehmend antagonistische Mächte, dazu zeichnen sich neue Konfliktherde in der Ägäis und im östlichen Mittelmeer ab.

Abgeschlossen 28.5.2020



Russische MiG 29 „Fulcrum“ auf der Luftwaffenbasis von al-Dschufra.



Brigadier Manfred Gänsdorfer

Zurück in die Zukunft!

Die Hoffnung auf eine Zeit nach Corona aus militärischer Sicht in Entsprechung des Verfassungsauftrags.

Nicht alles ist Sicherheit, aber ohne Sicherheit ist alles Nichts! Und zu dieser Sicherheit, zum Schutz der Bürger und ihrer Lebensgrundlagen hat/hätte das Militär einen nicht unwesentlichen Beitrag zu leisten. Das „hätte“ hinter dem Schrägstrich entspringt leider der militärischen Wirklichkeit unserer Heimat.

Schon Ende der 80er Jahre wurde von unserer Volksvertretung das Milizsystem als Organisationsform für unser Bundesheer festgelegt. In sechs Monaten einer Grundausbildung wurden in diversen Ausbildungszentren der Friedensorganisation die Wehrpflichtigen je nach Waffengattung zur Einsatzverwendungsfähigkeit ausgebildet. Dem Verfassungsgesetz entsprechend, wurden die Rekruten in Einsatzverbände beordert, in denen sie auch periodisch fortgebildet wurden und gemeinsam übten.

Ein System, das von vielen Experten als das demokratiegerechteste und kostengünstigste bezeichnet wird. Darüber hinaus ermöglicht es das Aufbringen einer notwendigen

großen Truppenstärke für die notwendigen Einsatzaufgaben. Ein nicht unwesentliches Merkmal der damaligen Zeit war es, die Stellungspflichtigen nach Prüfung deren Gewissensgründe durch eine Kommission, später dann lediglich durch persönliche Erklärung, bei der „Musterung“ den Wehrdienst verweigern zu lassen.

Um die Ungleichheit der Belastung zwischen jenen jungen Bürgern, die unter Einsatz ihrer Gesundheit oder gar ihres Lebens die diverssten Belastungen eines Militärdienstes oder gar eines Einsatzes zu ertragen hatten und jenen, die es aus „Gewissensgründen“ vorzogen, einen Ersatzdienst zu leisten und in der Regel ungleiche Belastun-

gen zu ertragen hatten, zu beseitigen, wurde seitens des Gesetzgebers versucht, die Dauer der Dienstleistungen auszugleichen. Bei tendenzieller Entwicklung ist festzustellen, dass sich die Mehrheit der Stellungspflichtigen mehr und mehr dem Ersatzdienst zuwendet – so wird die ursprünglich gedachte Ausnahme zur Norm.

Die Konsequenzen für das Bundesheer sind entsprechend. Vor allem dann, wenn festgestellt werden kann, dass es in den Reihen der Volksvertretung eher Wehrdienstverweigerer als Personen gibt, die ihren Wehrdienst leisten oder zumindest den Grundwehrdienst geleistet haben (Anm.: gesetzeskonform). Ob das Desinteresse an der skandalhaften Entwicklung des Bundesheeres damit zu begründen ist, wäre eine nähere Untersuchung wert.

Im Streben nach einer Mitgliedschaft in der NATO und einer wohl damit in Zusammenhang stehenden Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und einer Umstellung des Wehrsystems auf ein Berufsheer wurde eine mehrheitlich aus Berufsmilitärs bestehende Kommission zusammengestellt, die ein der damaligen politischen Führung „vorausseilend gehorames Ergebnis“ lieferte.

Bemerkenswerterweise hatte der damalige Verteidigungsminister schon beim Einsetzen der Kommission öffentlich erklärt, dass er die Vorschläge dieser „Expertenkommission“ „Eins zu Eins“ umsetzen werde. Die Frage drängt sich auf, ob er denn die Vorschläge der Kommission schon „erahnt“

hatte, oder ob er zumindest „ahnungslos“ war – die Kommission, die eine außerparlamentarische Einrichtung war, hätte ja in ihren Empfehlungen den Bestimmungen der Bundesverfassung bezüglich allgemeiner Wehrpflicht und der mandatorischen Auflage einer Heeresorganisation nach den Grundsätzen eines Milizsystems widersprechen können.

Als man sich Jahre danach in der Koalitionsregierung SPÖ/ÖVP auf eine Abschaffung der Wehrpflicht nicht einigen konnte, befragte man das Volk. Um ganz auf der „sicheren Seite“ zu sein und nicht entscheiden zu müssen, erklärte man gleich das Ergebnis der Volksbefragung für „verbindlich“. Unbeschadet des Ergebnisses des Referendums für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht setzte die Bundesregierung unter dem Titel „Bundesheer 2010“ eine wehrpolitische Linie fort, mit der die Anzahl der Angehörigen des Milizstandes drastisch reduziert wurde. Man erfand Truppenkörper, die man als „strukturierte Miliz“ bezeichnete und verpasste diesen mit Personen aus dem freiwilligen Milizstand und sogar Grundwehrdienern zu befüllende Organisationspläne. Man entwaffnete diese Verbände quasi, ehe sie aufgestellt wurden. Bezeichnender Weise musste ein Verteidigungsminister der jüngeren Vergangenheit eingestehen, dass lediglich ein einziges von zehn leichten Jägerbataillonen halbwegs einsatzbereit war.

Während Politiker und die oberste militärische Führung bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Sonntagsreden den



Vor mehr als 30 Jahren gelang es dem damaligen Verteidigungsminister Dr. Robert Lichal das Regierungskabinett und sämtliche im Nationalrat vertretenen Parteien vom Organisationsprinzip eines Milizsystems zu überzeugen. Einstimmig wurde in der Volksvertretung der Artikel 79 (1) beschlossen. Was darunter zu verstehen ist, wurde durch Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky im Parlament vorgetragen und ist in den Parlamentarischen Protokollen nachvollziehbar. Vor allem ist daraus auch erkennbar, was nicht darunter zu verstehen ist.

hohen Stellenwert einer sogenannten „Miliz“ priesen, gestaltete man das Bundesheer genau gegenteilig zu dem, was der Verfassungsgesetzgeber vorgegeben hatte. Mittlerweile sind durch gestiegenes Aufkommen der Wehrdienstverweigerungen („Zivildienst“ genannt) und rückläufige Stärken der Geburtenjahrgänge der Republik die Wehrpflichtigen ausgegangen.

Das Bundesheer hat mit einer sich über 14 Jahre schleppenden Entwicklung zugegebener Weise die Fähigkeit verloren, die gesetzmäßigen Einsatzaufgaben zu bewältigen. Bezeichnend: Zum sicherheitspolizeilichen Assistenzsinsatz werden im Grundwehrdienst auszubildende Soldaten eingesetzt, obwohl sie das geforderte Ausbildungsziel für eine Verwendung im Rahmen militärischer Kernaufgaben nicht erreichen konnten.

Von drei Abschnitten der hierzu vorgesehenen Ausbildung absolvieren sie lediglich den ersten und werden danach im Einsatz an der Staatsgrenze verwendet. Legitimiert wurde das durch entsprechende Formulierung der Ziele zur Einsatzverwendung – ein bemerkenswerter Ansatz zu einer Abwärtsspirale in den Qualitätsstandards der Wehrpflichtigen. Den Begriff der Feldverwendungsfähigkeit als Eignung eines Rekruten für eine Verwendung in der Kernaufgabe des Heeres hat man abgeschafft. Jetzt nennt man sie Einsatzverwendungsfähigkeit, womit jeder gesunde Rekrut bereits nach dem ersten Einrückungstag „einsatzfähig“ ist – schließlich wird er ja einen Sandsack tragen können oder zum Schneeschaukeln einsetzbar sein.

Zur Erinnerung: Im „Fall YU“ (1991) hat man Rekruten schon nach wenigen Wochen an die slowenische Grenze geschickt, wo sie den Auftrag hatten, ein Übergreifen etwaiger Kampfhandlungen auf österreichisches Hoheitsgebiet zu verhindern. Bis dahin für diesen Einsatz nach dem Milizsystem übende Verbände wurden nicht eingesetzt,

Freiwillige, die sich unaufgefordert an Sammelorten einfanden, wurden nach Hause geschickt. Eine unverantwortliche Entscheidung. Mittlerweile fand unter dem Titel der Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Coronapandemie in Österreich erstmalig eine Teilmobilisierung der sogenannten „Miliz“ statt. Allein die Bezeichnung signalisiert ein falsches Verständnis des Begriffs.

Es kann sich schließlich nur um eine Teilmobilmachung des Bundesheeres handeln, denn dessen Einsatzorganisation ist gesetzeskonform nach dem Milizsystem des gesamten Heeres sicherzustellen. Es macht die Sache nicht besser, wenn dabei von höchster Stelle behauptet wird, dass es sich bei ursprünglich 3.000 Soldaten des Milizstandes um „um 10 Prozent der Miliz“ handelt. Einer „Miliz“, die regelmäßig geübt hat.

Wahr ist, dass es sich dabei um einen „papierenen Personalstand“ handelt, der ca. 14.000 freiwillig Beordnete und ebenso viele „befristet Beordnete“ umfasst. Letztere sind Soldaten, die einen sechsmonatigen GWD geleistet haben und für einen Zeitraum von fünf Jahren in die Planungen der Personalaufbringung „einverleibt“

wurden, obwohl sie nie geübt haben. Sie lassen ein wesentliches Merkmal des Milizsystems vermissen: die Teilnahme an einsatzvorbereitenden Übungen, wie sie vom Gesetzgeber gefordert sind. Eine seriöse Evaluierung dieser Teilmobilisierung wird ergeben müssen, dass diese Aufbietung niemals „10 Prozent einer 27.000 Mann Miliz“ sein können. Selbst das Zusammenzählen von „Karteisoldaten“ macht noch lange keine solche. Es ergibt nicht einmal eine nach falschem Verständnis des Begriffs behauptete Teilstreitkraft „Miliz“.

Und schon gar nicht ergibt es ein nach den Grundsätzen eines Milizsystems organisiertes Einsatzheer. Dazu fehlt es nicht nur an einem entsprechenden Organisationsrahmen (10 Bataillone und einige selbständige Kompanien ergeben maximal die Hälfte der von der obersten Führung behaupteten Personenzahl), sondern es fehlt an Ausrüstung, Feldzeuggerät, Transportmitteln und vor allem einsatzvorbereitenden Übungen im Verbandsrahmen.

Wenn diese Teilmobilmachung von knapp 1.400 Soldaten ein Prüfstein für ein funktionsfähiges Bundesheer gewesen sein soll, kann man nur hoffen, dass die Regierungsabsicht (Wie-

derherstellung eines verfassungsgemäßen Zustands) nicht bloß Ankündigungsrhetorik bleibt, sondern entsprechende Taten folgen. Eine Wiedereinführung allgemein verpflichtender Truppenübungen wäre dazu ein erster Schritt. Beschaffungen für Ausrüstung u.a.m. wären die nächsten. Es sind nicht bloß die Mobilisierten, es ist in zunehmendem Maß auch in der veröffentlichten Meinung wahrnehmbar, wie groß die Kluft zwischen der militärischen Wirklichkeit (des gescheiterten Systems „6 plus 0“) und der Forderung des Verfassungsgesetzgebers ist. Dafür wären eine ganze Reihe an Regierungspolitikern, insbesondere diverse Verteidigungsminister, zur Rechenschaft zu ziehen.

Und mit jedem Tag am Festhalten einer verfassungs- und bedarfswidrigen Organisation unseres Heeres wächst die Zahl der Schuldigen, wenn dieser, unserer Republik, die militärische Fähigkeit für Schutz und Hilfe und gleichzeitig die strategische Handlungsreserve abhandengekommen ist.

MG



Nach der "Ära Lichal" ging es in Missachtung des mandatorischen Verfassungsgebots mit dem Erhalt bzw. Ausbau eines Milizsystems nur noch bergab. Mitunter recht steil den Bach hinunter. So weit, dass das aktuelle Regierungsprogramm vorsieht, die Verfassungskonformität wieder herzustellen.



Berichte aus den Kameradschaften



Salzburg Stadt

Bundesheer

Assistenzsoldaten feiern Osterandacht



Der Militärkommandant übergibt das Osternest stellvertretend für alle an den Kompaniekommandanten.

Auf Grund der von der Bundesregierung gesetzten Maßnahmen zur Eindämmung der Covid19-Pandemie versehen derzeit Assistenzsoldaten des Jägerbataillons 18 aus St. Michael in der Steiermark ihren Dienst in Salzburg an der Grenze zu Deutschland.

Die „Fleischweihe“ gehört in der Steiermark zu den beliebtesten Terminen im Kirchenjahr. Militärpfarrer Richard Weyringer hat sich daher entschlossen, vor der Garnisonskirche in der Schwarzenberg-Kaserne eine Osteran-

dacht mit Osterspessenssegnung durchzuführen. Gesegnet wurden Osternester, die der Militärkommandant von Salzburg, Brigadier Anton Waldner, den Einsatzsoldaten danach übergab.

Mit der traditionellen Fleischweihe endet die Fastenzeit und der gemeinsame Verzehr der gesegneten Speisen ist der Beginn der Osterzeit. Natürlich wurde diese Osterandacht im Freien unter Einhaltung des empfohlenen Sicherheitsabstandes abgehalten.

Kameradschaft ehem. k.k. Freiwilligen Schützen

Trauer

Die Kameradschaft musste sich innerhalb von zwei Tagen von zwei langjährigen Mitgliedern verabschieden.

Am 25. April verstarb Hermine Hauser völlig unerwartet im 77. Lebensjahr in Mattighofen. Die Verstorbene war ein langjähriges und treues Mitglied der Kameradschaft, die bei vielen Veranstaltungen und Ausrückungen der Kameradschaft teilnahm. Die Gedanken der Kameradschaft sind bei ihrem Ehemann und der Familie.

Am 26. April verstarb Kamerad Fachoberinspektor, Vizeleutnant i.R. Herbert Bröder nach langer schwerer Krankheit. Er wurde am 5.6.1943 in Bad Vöslau/Niederösterreich als Kind eines Soldaten geboren. Aufgrund der Kriegsumstände wurde eine Ferntrauung durchgeführt. Die junge Ehefrau ging danach zu den Schwiegereltern nach Mainz, um dort auf die Heimkehr ihres Mannes zu warten. Sie war dort allerdings unerwünscht und kehrte deshalb nach Österreich zurück. Als der Ehemann



Hermine Hauser

aus der Gefangenschaft heimkehrte, folgte schließlich sehr rasch eine Scheidung dieser Ehe. Herbert Bröder wuchs danach mit seinem Stiefvater Karl Marschall und seinen jüngeren Halbbrüdern Reinhard und Heinz auf. Zu seinem Halbbruder Peter in Mainz konnte er erst im Erwachsenenalter freundschaftlichen Kontakt herstellen. Den leiblichen Vater lernte er erst im Alter von 38 Jahren kennen. Nach der Pflichtschule in Salzburg folgte eine Lehrausbildung zum Elektroinstallateur.

Mit 19 Jahren verpflichtete sich Herbert Bröder für drei Jahre beim Bundesheer. Es folgten dann noch einige Jahre, die er beruflich als Elektriker verbrachte, bevor er mit 30 Jahren wieder

zum Militär zurückkehrte und im Militärkommando Salzburg als Beamter eine Berufslaufbahn im Bauwesen verfolgte. Bis zu seiner Pensionierung übte er seinen Beruf mit Leidenschaft aus. Im Alter von 26 Jahren lernte er Alfreda Kussegg, seine liebe „Freda“, kennen. Die beiden wurden Eltern von drei Kindern: Herbert, Carmen und Markus. 1973 bezog die Familie die gemeinsame Wohnung in der Goethestraße in Itzling. Die letzten beiden Jahre lebte Kamerad Bröder nach dem viel zu frühen Tod seiner Frau im Jahr 2018, der er in ihrer Krankheit liebevoll zur Seite stand, dort alleine.

Schmerzhaft musste er von seinem Sohn Herbert Abschied nehmen, der knapp neun Monate nach dem Tod seiner Frau völlig unerwartet starb. Die Leidenschaft von Kamerad Bröder galt dem Western und der Country-Musik. Zu seinem Markenzeichen wurde sein auffallend großer Cowboyhut, der ihn ständig begleitete. Eine weitere Leidenschaft war das Lesen. Er liebte zeitgeschichtliche Bücher und Westernromane. Eine Portion Kritik und Skepsis waren die Folgen seines Lesekonsums.



Kamerad Vzt i.R. Herbert Bröder

In der gemeinsamen Pension verbrachte er seine Zeit in trauter Zweisamkeit mit seiner Frau. Gemütliche Treffen mit Freunden in der Kiesel-Passage, im Kaffee „La Familia“ oder beim Kurvenwirt standen am Tagesplan. Sehr stolz war Kamerad Bröder auf seine Enkelkinder Thomas, Isabella und Victoria. Noch zu Weihnachten fuhr er mit seiner Tochter Carmen zur alljährlichen Familienfeier

nach Mondsee, die leider die letzte Familienfeier werden sollte. Kamerad Bröder hatte bereits länger mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen. Am Sonntag, den 26.4.2020, verstarb er friedlich, aber doch unerwartet, in seiner Wohnung.

Die Kameradschaft wird ihrem Verstorbenen eine liebevolle Erinnerung bewahren.

Kameradschaft Gnigl

Trauer



Am 10. April 2020 wurde Kamerad Johann Fimberger im 94. Lebensjahr zur Großen Armee abberufen. Kamerad Fimberger wurde bereits mit 18 Jahren zur deutschen Wehrmacht - und zwar zur Marine - einberufen. Er kehrte 1946 unverletzt in seine geliebte

Heimat zurück. Nach seiner Rückkehr lebte er in Salzburg Gnigl, wo er seine geliebte Gattin Grete heiratete. Gemeinsam mit seinem Bruder Herbert baute er in Gnigl ein Haus, in dem er bis zu seinem Tod gemeinsam mit seiner Gattin lebte. Kamerad Fimberger war ein sehr geselliger Mensch, neben der Kameradschaft der er 1984 beigetreten ist, war er auch beim Männergesangsverein Gnigl sehr aktiv.

Mit Kamerad Fimberger verliert die Kameradschaft einen treuen und verlässlichen Kameraden. Leider konnte die Kameradschaft auf Grund der Corona-Pandemie nicht am Begräbnis teilnehmen. Ein ehrendes Andenken wird dem Verstorbenen bewahrt.

Abschied

Ende Februar 2020 verstarb einer der ältesten Kameraden, Franz Kendler, im 96. Lebensjahr. Kamerad Kendler wurde aus sehr ärmlichen Verhältnissen in jungen Jahren zur deutschen Wehrmacht einberufen.

Er hatte das große Glück die grausamen Jahre des Krieges ohne Verletzungen zu überstehen. Nach Kriegsende absolvierte er die Ausbildung zum Wasser- und Heizungstechniker. Nach einigen Jahren bei der Firma Seidl gründete er mit seiner Gattin Rosa ein Planungsbüro für Wasser und

Heizung, das er bis zu seiner Pensionierung führte. Kamerad Kendler trat der Kameradschaft Gnigl 1981 bei. Er war ein sehr verlässlicher, geselliger Kamerad und so weit so es seine Zeit zuließ, bei allen Ausrückungen dabei, bei denen er stets für gute Laune gesorgt hat.

Die Angehörigen lehnten eine Teilnahme der Kameradschaft am Begräbnis ab, was die Kameradschaft, die ihrem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren wird, sehr bedauert.

Kameradschaft Salzburg Stadt Lehen • Untersberg

Ehrung für 40-jährige Mitgliedschaft

Am Freitag, den 28.2.2020, konnte beim ersten Vereinsabend der Kameradschaft in diesem Jahr Ehrenmitglied Brigitte Komposch mit der Jubiläumsmedaille in Silber für 40-jährige Mitgliedschaft im Salzburger Kameradschaftsbund ausgezeichnet werden.

Seit dem Jahr 1979 ist Brigitte Komposch unentwegt im Verein tätig, zuerst als Marketerin bei der Kameradschaft Salzburg-Stadt und in den letzten Jahren als Kassier-Stellvertreterin. Zusätzlich konnte die Kameradschaft bei allen Gartenfesten in den

vergangenen Jahren auf ihre Hilfe zählen.

Im Anschluss an die Überreichung bedankte sich Obmann

Helmut Schieferer in einer kurzen Ansprache bei Brigitte Komposch für ihre jahrelange tatkräftige Hilfe.



v.l.n.r.: Elfi Tanzenberger, Obmann Helmut Schieferer, Brigitte Komposch, Kassier Peter Hoch und Josef Mehr.

Kameradschaft Leopoldskron-Moos

70. Geburtstag



v.l.n.r.: Musikobmann Erich Wolf, Gemeinderat Ökonomierat Franz Wolf, der Jubilar, Obmann Peter Holzner, Schützenobmann Gottfried Grömer, Marketerin Conny Wallinger, Georg Mayrhofer, Fritz Wimmer, Fähnrich Paul Ebner. Im Hintergrund: der Vorstand der Kameradschaft Leopoldskron-Moos.

Am 16. Februar 2020 feierte Ehrenobmann Franz Mayrhofer seinen 70. Geburtstag. Zur Geburtstagsfeier war der Vorstand der Kameradschaft ins Gasthaus Reiterhof eingeladen. Vor dem Gasthaus wurde der Ehrenobmann von Abordnung der Trachtenmusikkapelle und der Prangerstutzenschützen sowie vom Vorstand der Kameradschaft empfangen. Nach dem Begrüßungsmarsch der Musikkapelle meldete der Schützenhauptmann dem Geburtstagskind die zur Gratulation angetretenen Vereine.

Der Ehrensallut der Schützen und ein Musikstück leiteten zur Gratulation durch die Obmänn-

ner und anwesenden Vereinsmitglieder über. Obmann Peter Holzner überreichte einen Geschenkkorb und überbrachte die Glückwünsche der Kameradschaft.

Ehrenobmann Mayrhofer bedankte sich für den Empfang und die Glückwünsche und bat die Anwesenden anschließend zur Feier ins Gasthaus. Einem sehr guten Essen folgte ein gemütliches Beisammensein bis in den späten Abend.

Der Vorstand der Kameradschaft dankte dem Ehrenobmann für die Einladung und wünschte alles Gute, Glück und Gesundheit.



72. Geburtstag Ehrenpräsident Hans Wirrer



v.l.n.r.: Bezirksobmann Johann Hillerzeder, Ehrenpräsident Wirrer, Ute Huber und Bezirksobmann Albert Preims.

Die Ausgangsbeschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hatten zwangsläufig auch eine Ausdünnung der kameradschaftlichen Kontakte zur Folge.

Aus Anlass des 72. Geburtstages von Ehrenpräsident Hans Wirrer fand sich am 13. Mai eine Abordnung des Landespräsidiums bei diesem zu Hause ein, um ihm zu seinem Geburtstag zu gratulieren. Natürlich drehten sich die Gespräche sehr

rasch um das Geschehen im Landesverband, wobei auch die Hoffnung zum Ausdruck kam, dass es bald wieder möglich sein werden, Veranstaltungen durchzuführen, um so die Kameradschaftsbande zu pflegen.

Ehrenpräsident Wirrer hatte vor kurzer Zeit einen Unfall, von dessen Folgen er sich nach wie vor erholt. Mit den Geburtstagswünschen verbindet das Landespräsidium daher auch die besten Genesungswünsche.



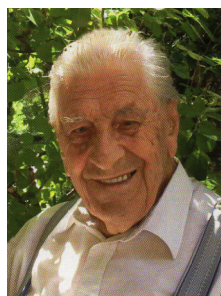
Flachgau

Kameradschaft Elixhausen

Trauer

Kurz nach seinem 98. Geburtstag verstarb nach einem langen und erfüllten Leben am 27. April 2020 Kamerad Franz Steinböck. Kamerad Steinböck wurde am 24. April 1922 in Anthering geboren. Eingerückt am 3.10.1941 zur deutschen Wehrmacht, kam er zum Gebirgsjägersatzregiment 137 nach Glasenbach. Nach seiner Ausbildung wurde er nach Norwegen und anschließend nach Russland befohlen. Es folgten Einsätze im Mittelabschnitt der Ostfront am Ladogasee und Welikije Luki bis zum Frühjahr 1943. Dann wurde die Division in den Südabschnitt verlegt, wo es zu schweren

Abwehrkämpfe bei Woroschilovsk kam. Ab Herbst 1943 nahm Kamerad Steinböck am Rückzug über Rumänien nach Ungarn und in die Slowakei teil. Nach der Kapitulation kam er in russische Gefangenschaft, es gelang ihm jedoch die Flucht bis nach Oberösterreich. Dort wurde von den Amerikanern aufgegriffen und kurz darauf aus der Gefangenschaft entlassen. Er hatte zuletzt den Dienstgrad Obergefreiter und wurde mit dem Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern ausgezeichnet. Kamerad Franz Steinböck übte über 10 Jahre, von 1983 bis 1993, die Funktion des 1. Obmann-Stv. aus. Für sein



langes Wirken in der Kameradschaft wurde er 1988 mit der Verdienstmedaille in Gold und im Jahre 1999 mit dem Landesehrenzeichen in Gold ausgezeichnet. Außerdem wurde er am 3. April 2011 mit der Jubiläumsmedaille in Gold für 70-jährige Mitgliedschaft geehrt. Die Teilnahme der Kameradschaft, die Franz Steinböck ein ehrendes Andenken bewahren wird, gilt seiner Familie.

Kameradschaft Elsbethen

Gratulation



Ende April feierte Kamerad Max Berger seinen 70. Geburtstag. Zu diesem Anlass gratulierten dem Jubilar (Bildmitte) Gebietsbetreuer Franz Schaffenrath (li.) und Obmann

Johann Winklhofer (re.) auf das Herzlichste.

Die Kameradschaft wünscht Kamerad Berger alles erdenklich Gute, vor allem Gesundheit und viele glückliche Jahre!

Abschied



Am 5. März 2020 verstarb Kamerad Johann Redhammer nach langer schwerer Krankheit im 62. Lebensjahr.

Am 13. März 2020 verabschiedete sich die Kameradschaft am Friedhof der Pfarrkirche Elsbethen von diesem treuen Kameraden, dem stets eine gute Erinnerung bewahrt wird.

Kameradschaft Eugendorf

80. Geburtstag



Der Jubilar, flankiert von Kamerad Georg Bacher und Obmann Josef Ramsauer.